

Frage 1	Welches sind die drei wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Sie in der kommenden Legislaturperiode umsetzen möchten?				
	<p>Unterstützung/Bestandspflege der Unternehmen vor Ort</p> <p>Rückgrat unserer Wirtschaft sind die vielen Klein- und mittelständischen Unternehmen in der Stadt. Diese Struktur möchte ich durch eine mittelstandsfreundliche Verwaltung weiter unterstützen. Die Wirtschaftsförderung, in die die Unternehmen über das Public-Private-Partnership (PPP-Modell) eingebunden sind, hat seit Jahren Netzwerke in den Leitbranchen Textil, Maschinenbau und Logistik aufgebaut und damit auch das Profil des Wirtschaftsstandorts geschärft. Die Arbeit der WFMG mit vielfältigen Servicefunktionen und Dienstleistungen ist mir trotz angespannter Finanzen wichtig.</p> <p>Ansiedlung neuer Unternehmen – neues Gewerbegebiet mit Viersen schaffen</p> <p>In den letzten fünf Jahren wurden in Mönchengladbach 5.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 82.000 auf 86.000 gestiegen. Maßgeblich dazu beigetragen haben neben dem Wachstum vor Ort ansässiger Unternehmen auch die Neuansiedlungen im Regiopark, im Nordpark und den anderen Gewerbegebieten, die in den letzten Jahren entwickelt wurden. Grundsätzlich haben wir hier aus der Historie des Strukturwandels heraus noch weiteren Nachholbedarf und müssen gegenüber wirtschaftsstarken Regionen z.B. im Süden Deutschlands und der Rheinschiene aufholen.</p> <p>Hierzu müssen in den nächsten Jahren, auch bei der Neuaufstellung des Regionalplans, neue Gewerbeflächen schaffen, damit wir nicht den Anschluss verlieren. Hier kümmere ich mich persönlich gemeinsam mit dem Kollegen Thönessen um die Ausweisung eines neuen interkommunalen Gewerbegebietes mit Viersen.</p>	<p>Entschuldung durch Ausgabenkürzung:</p> <p>Der Beitritt zum Stärkungspakt Stadtfinanzen hat die konsequente Entschuldung des Haushaltes eingeläutet. Durch konsequente Aufgabenkritik müssen wir jetzt noch stärker auf der Ausgabenseite sparen. Weitere Einnahmesteigerungen durch Erhöhung der Gewerbesteuer wären kontraproduktiv.</p> <p>Neue Gewerbeflächen erschließen:</p> <p>Für Neuansiedlungen und Betriebserweiterung gehen die Flächen zur Neige. Neue Gewerbegebiete müssen her.</p> <p>Funktionierenden Autoverkehr erhalten:</p> <p>Das Netz unserer Hauptverkehrsstraßen darf über die notwendigen Maßnahmen durch Lärmaktions- und Luftreinhalteplan nicht noch weiter eingeschränkt werden. Betriebe müssen gut erreichbar bleiben, das LKW-Routenkonzept muss zügig umgesetzt werden.</p>	<p>Der strukturelle Wandel und die sich abzeichnenden demografischen Veränderungsprozesse in unserer Stadt Mönchengladbach werden eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs unter den Standorten und damit der Kommunen und Zielgruppen sowohl hinsichtlich der potenziellen Anbieter als auch potenziellen Nachfrager zur Folge haben.</p> <p>Nachhaltige Wirtschaftsförderung gelingt nur, wenn der Erhalt und der Ausbau der Standortqualitäten von Mönchengladbach sowohl für Anbieter als auch Nachfrager so attraktiv ist, dass Investitionen und Konsum vor Ort erfolgen.</p> <p>Erfolgreiche Wirtschaftsförderung muss zukünftig somit nicht nur Einzelaspekte der sich in Mönchengladbach befindlichen oder neu anzusiedelnden Unternehmen beachten, sondern die Vernetzung und Verankerung der Angebots- und Nachfrageinteressen konsequent thematisieren und in den Vordergrund der Arbeit und Argumentation stellen.</p> <p>Ich werde unsere Kommune und lokale Wirtschaftsvertreter zu einem Netzwerk vernetzen. Führe Diskussionen mit unseren Unternehmen vor Ort über die Auswirkungen der demografischen und strukturellen Veränderungen. Wir werden gemeinsam Prioritäten beschließen, die ich mit den Unternehmen auch gemeinsam umsetzen werde, um unseren regionalen Standort von Mönchengladbach konzeptionell zu stärken.</p> <p>Voraussetzung und Zielrichtung ist ein integriertes Entwicklungs- und Marketingkonzept, wie Regional-Entwicklung, Kommunale Entwicklung- Lokale Entwicklung, sowie konzept- und nutzungsgerechte Immobilien. Es sollte Bereitschaft gegeben sein für regionale Flächennutzungspläne, regionale Einzelhandels- und Tourismuskonzepten, regionale Zweckverbände und interkommunalen Gewerbegebiete.</p>	<p>a) Die Zukunftsperspektiven der Stadt Mönchengladbach hängen unmittelbar mit der Entwicklung der heimischen Wirtschaft zusammen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestaltet werden, dass sie eine positive und differenzierte Entwicklung von Unternehmen unterschiedlichster Art ermöglichen. Diese Differenzierung ist eine Stärke des Wirtschaftsstandortes Mönchengladbach. Dazu bedarf es vor allem</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. des Schutzes der derzeitigen Standorte von Unternehmen 2. eines ausreichenden Angebots neuer Ansiedlungsflächen 3. der Sicherung eines guten Angebotes von Arbeitskräften und eines besseren Organisation an der Schnittstelle Wirtschaft/Stadtverwaltung, zum Beispiel durch Einsatz von „Lotsen“ in der Verwaltung, die Unternehmen als kompetente Ansprechpartner vom Vortrag ihres Anliegens bis zur Erledigung begleiten. <p>b) Zur Sicherung eines guten Angebotes von Arbeitskräften gibt es Ansätze, die ausgebaut werden müssen. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird sich das Problem des Fachkräftemangels, das heute schon erkennbar wird, verschärfen. Im Wettbewerb der Standorte wird es darauf angekommen, das bessere Angebot zu machen. Deshalb ist Unterstützung aller Ansätze, die den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern wollen, besonders wichtig.</p> <p>c) Die heimische Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie zunächst selbst Initiativen ergreift, bevor sie nach Unterstützung von Stadt oder Staat ruft. Jüngste Beispiele sind der städtebauliche Masterplan MG_3.0 oder die Aktivitäten zur Entwicklung des Monforts Quartiers.</p>	<p>Als erste Maßgabe gilt für mich: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen für ihre Steuern und Abgaben eine möglichst gute Dienstleistung erhalten. Vor diesem Hintergrund werde ich in meinem Handeln als Oberbürgermeister meinen besonderen Fokus auf den regelmäßigen Austausch insbesondere mit den Klein- und Mittelunternehmen (KMU 50 bis 250 Beschäftigte) in Mönchengladbach legen, da sie das stabile Rückgrat der Beschäftigung und Wertschöpfung in unserer Stadt und der Region bilden. Schon heute pflege ich durch Firmenbesuche den regelmäßigen Austausch mit Unternehmen aller Branchen in Mönchengladbach.</p> <p>Eine gute Wirtschaftsförderung konzentriert sich bekanntlich nicht allein auf Neuansiedlungen, sondern widmet sich auch intensiv den am Standort etablierten Firmen. Sie gilt es im Sinne eines Servicegedankens stärker zu stützen.</p> <p>Da in Folge des demografischen Wandels insbesondere für Klein- und Mittelunternehmen die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem im Übergang zwischen Ausbildung und Beruf zunehmend größere Bedeutung gewinnt, mache ich mich dafür stark, die Vernetzung zwischen Unternehmen der Wirtschaft mit den Bildungseinrichtungen Hochschule, den Allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen zu intensivieren.</p> <p>Beständig wächst der Anteil im Bereich der lokalen Wirtschaft, der von Unternehmern und Unternehmerinnen mit einem Migrationshintergrund gegründet und erfolgreich geführt wird.</p> <p>Da die Bedeutung solcher Unternehmen für die lokale Beschäftigungsstruktur und Wirtschaftskraft zunimmt, ist in Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein, der IHK und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Untersuchung zum Umfang, zur Bedeutung und den unternehmerischen Handlungsfeldern solcher Unternehmen erforderlich.</p>



In diesem Zusammenhang sollten wir zügig die vermarktungsfähigen Grundstücke, dies betrifft nicht nur Gewerbe- sondern auch Wohnbaugrundstücke, an die EWMG übertragen. Die Struktur mit EWMG und WFMG bietet gerade vor dem Hintergrund unserer kommunalen Finanzsituation die Chance und Möglichkeiten, unsere Grundstücks politik aktiv zu gestalten und nicht nur zu reagieren. In der jüngeren Vergangenheit sind wir gut gefahren, neuen Unternehmen verschiedene Angebote machen zu können, z.B. architektonisch anspruchsvolle Konzepte im Nordpark, Logistik im Regiopark.

Innovation, Forschung und Entwicklung

Als klassischer Industriestandort müssen wir in den nächsten Jahren weiter daran arbeiten, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Wünschenswert wäre, wenn der Anteil der Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen in der Stadt weiter erhöhen kann. Beim Wandel vom klassisch-industriellen zum wissensorientierten Zukunftsstandort messe ich der Hochschule Niederrhein weiterhin eine große Bedeutung zu. Projekte wie das Blauhaus, die Textilakademie und auch die Revitalisierung des Monforts-Quartiers mit dem städtischen Textiltechnikum werden Folgeinvestitionen und Ansiedlungen im Umfeld, vor allem auf der neuen „Hochschulachse“ auslösen.

Bei unserer kommunalen Finanzsituation sollten wir unsere Bemühungen um Fördermittel, z.B. aus dem neuen EFRE-Programm (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) und auch bei Interreg-Mitteln (grenzüberschreitende Förderprogramme) für Zukunftsprojekte verstärken. Entsprechende Initiativen von Unternehmen und auch unserer Wirtschaftsförderung unterstütze ich gerne und möchte im Hinblick auf die Eigenanteile der Stadt auch künftig einen Schwerpunkt setzen.

Damit sowohl die Wirtschaft als auch die Stadt Mönchengladbach von solchen Initiativen profitieren, muss die Verwaltung derartiges Engagement möglichst von Beginn an aktiv im intensiven Dialog begleiten und mit allem unterstützen, was in ihren Möglichkeiten steht.

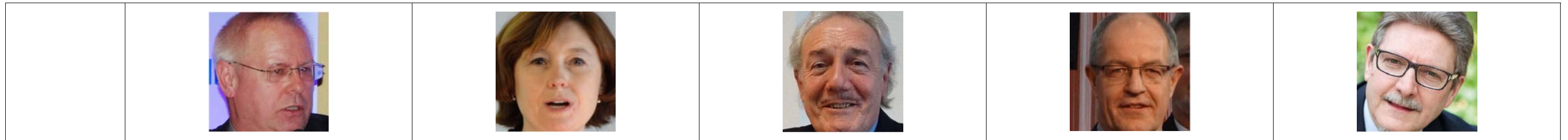
Der Untersuchungsauftrag soll auch die spezifischen Bedürfnisse dieser Unternehmen ermitteln und Handlungsempfehlungen zu deren Weiterentwicklung enthalten. Die Ergebnisse der Untersuchung werden die Grundlage zur Entwicklung eines neuen Feldes lokaler Wirtschaftsförderung bilden.

Ein weiteres zentrales Ansinnen wird einer Neujustierung der Verwaltung gelten. In bin überzeugt, Organisationen brauchen transparente Ziele. Ein Beispiel: Wer heute in der Suchfunktion des offiziellen Internetauftritts der Stadtverwaltung Mönchengladbach Stichworte wie Qualitätskonzept, Aufgaben der Verwaltung bzw. der Fachbereiche eingibt, findet zu oft kein befriedigendes Ergebnis. Zu den zentralen Führungsaufgaben eines Oberbürgermeisters gehört es, Prozesse in Gang zu setzen, die das Profil der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungsgesellschaften als kundenorientierte Dienstleister auf allen Ebenen qualifizieren, fördern und weiterentwickeln. Dazu gehört die transparente Beschreibung der Aufgaben und Leistungen, die von der Stadtverwaltung und den kommunalen Beteiligungsgesellschaften für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen erbracht werden; dafür werde ich Sorge tragen.

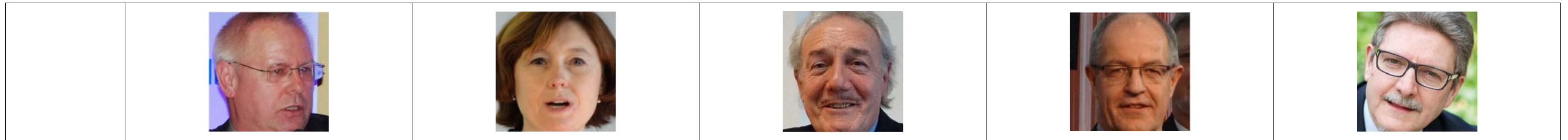
Da ich meine Amtszeit auf sechs Jahre begrenzen werde, kann ich die repräsentativen Anteile meines Handels auf ein akzeptables Mindestmaß konzentrieren.

Dafür werde ich mich als „Chef“ der Verwaltung vorrangig auf meine Führungsaufgabe gegenüber der Verwaltung und als Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaften konzentrieren.

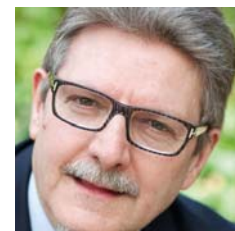
Sehr oft haben Bürgerinnen und Bürger heute den Eindruck, dass in zu vielen Bereichen der Kommunalpolitik nicht die Politik sondern die Verwaltung das Sagen hat. Zu häufig wird der Bürgerschaft, aber auch der Politik erklärt, warum etwas nicht geht, anstatt etwas zu ermöglichen.



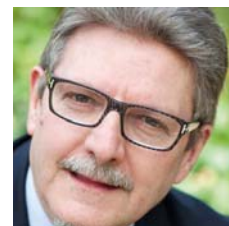
					<p>Deshalb gilt es in allen Bereichen der Stadtverwaltung und den kommunalen Beteiligungsgesellschaften, eine Führungskultur zu etablieren, die lösungsorientierte Ansätze pflegt und Möglichkeiten kommuniziert.</p> <p>Die Stadtverwaltung und die kommunalen Beteiligungen benötigen dazu ein aktives Verbesserungs- und Beschwerdemanagement. Als Oberbürgermeister werde ich ein solches - mit klaren organisatorischen und personellen Zuständigkeiten ausgestattet - auf den Weg bringen und veröffentlichen.</p> <p>Dazu werde ich umgehend nach meinem Amtsantritt für alle Dezernate und Beteiligungsgesellschaften eine Beschlusskontrolle etablieren.</p> <p>Die Beschlusskontrolle wird den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen transparent den aktuellen Verfahrensstand in der Umsetzung von Beschlüssen des Rates und der Bezirke abbilden.</p> <p>Die Beschlusskontrolle wird internetbasiert auf der Homepage der Stadt etabliert.</p> <p>Das Programm wird neben der Beschlusskontrolle Auskunft über klare personale Zuständigkeiten für die Projektsteuerung, Projektkontrolle und Projektumsetzung enthalten. Dazu gehört auch, dass alle Bürgerinnen und Bürger innerhalb von vier Wochen auf jede schriftliche Eingabe zumindest eine Eingangsbestätigung erhalten.</p> <p>Die Stadtverwaltung braucht Entwicklung und definierte Ziele. Dazu bedarf es auf vielen Ebenen der Verwaltung und der städtischen Beteiligungsgesellschaften der Bestimmung ihrer Leistungen, ihrer Qualität und der angestrebten Ergebnisse. Zur Zielerreichung bedarf es eines Qualitätskonzeptes basierend auf der Festlegung von Prozess-, Struktur und Ergebnisqualitäten. Dabei hilft auch die wissenschaftliche Evaluierung von Fachbereichen unter Beteiligung der Beschäftigten.</p>
--	--	--	--	--	---



					<p>Darauf aufbauend werde ich in allen Fachbereichen der Verwaltung es den Mitarbeitern und Mitarbeitern in einem beteiligungsorientierten Verfahren ermöglichen, sich an der Erarbeitung fachbereichsbezogener Qualitätskonzepte zu beteiligen. Solche beteiligungsorientierten Verfahren bieten die große Chance, das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Organisation zum Ausgangspunkt der Zielbestimmung und der Qualitäten, mit denen die Ziele erreicht werden sollen, zu machen. Über die Entwicklung von Prozess-, Struktur- und Ergebnisqualitäten bietet sich die Chance zur Optimierung der Kundenorientierung im Verwaltungshandeln. Dazu gehört selbstverständlich auch die transparente Dokumentation der Leistungen von Verwaltung und Beteiligungsgesellschaften gegenüber der Öffentlichkeit.</p>
--	--	--	--	--	---



<p>Frage 2</p>	<p>Die Akzeptanz der Industrie ist den vergangenen Jahrzehnten in der Öffentlichkeit stetig gesunken. Dabei ist gerade eine leistungsfähige Industrie sehr bedeutend für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Mönchengladbach.</p> <p>Wie sollte die Kommunalpolitik die Qualität der Standortbedingungen für die Industrie verbessern?</p>				
	<p>Mönchengladbach ist auch traditioneller Industriestandort. Zahlreiche und namhafte Unternehmen z.B. aus dem Maschinenbau und der Textilwirtschaft sind in unserer Stadt beheimatet. Wichtig ist, dass wir ihnen einerseits eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung stellen, dies umfasst z.B. auch neue Technologien wie Breitband im Telekommunikationswesen, sowie der Wirtschaft im Allgemeinen einen guten Service bei unseren kommunalen Dienstleistungen bieten. Den Service der Wirtschaftsförderung mit ihrer Leitbranchenphilosophie und ihren Netzwerken gibt es auch für uns als Kommune nicht zum Null-Tarif. Trotz oder eigentlich besser wegen der angespannten Haushaltslage möchte ich hier einen Schwerpunkt setzen. Jeder investierte Euro ist hier gut angelegt. Am Herzen liegt mir auch das Thema Fachkräftenachwuchs und die Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft. Das Engagement von Unternehmen, Schulen und Verbänden ist in den letzten Jahren stark angewachsen. Die MGconnect-Stiftung, deren Kuratoriumsvorsitzender ich bin, leistet hier gute Arbeit, die wir fortsetzen müssen.</p>	<p>Wirtschaftsfreundliche Verwaltung: Verwaltung sollte denjenigen, die Arbeitsplätze schaffen, keine Steine in den Weg legen, sondern den Weg ebnen. Dies gilt nicht nur bei Neuansiedlungen, sondern auch für Unternehmen, die in Mönchengladbach expandieren wollen. Zügige Genehmigungsverfahren bei baulichen Investitionen und gezielte Fördermittelberatung sind hier zwei wichtige Bausteine.</p> <p>Leistungsfähige Infrastruktur bereitstellen: Neben der Erreichbarkeit der Betriebe müssen wir beispielsweise an der lückenlosen Bereitstellung von Breitbandanschlüssen auch in Gewerbegebieten in Stadtrandlage arbeiten.</p>	<p>-</p>	<p>Gute Standortbedingungen für die industrielle Wirtschaft zu sichern oder auch zu verbessern, ist vor allem mit Blick auf die meist traditionellen Standorte dieser Unternehmen, die häufig in den Innenbereichen der Stadt liegen, eine besondere Herausforderung. Sich dieser Herausforderung zu stellen, ist aber auch eine besondere Verpflichtung, weil die Industriebetriebe eine Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze bieten. Die Sicherung der Erreichbarkeit dieser Unternehmen für ihre Beschäftigten und Lieferanten ist eine der wesentlichen Aufgaben. Sie muss in vernünftiger Abwägung mit anderen Interessen, aber auch mit gesetzlichen Vorgaben gelöst werden.</p> <p>Zur Akzeptanz der Industrie in der Öffentlichkeit gibt es eine gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich mehr denn je für das, was in ihrem unmittelbaren Umfeld passiert und wollen zum Beispiel auch in die Überlegungen, wie es mit den Industriestandorten weitergehen soll, einbezogen werden. Die Kultur des Bürgerdialogs muss deshalb zwischen Stadtverwaltung, politischen Akteuren, Unternehmern und Bürgern weiterentwickelt werden.</p>	<p>Immer wieder wird ein künstlicher Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie konstruiert. Die betriebliche Wirklichkeit in vielen Unternehmen der Stadt kann dagegen mit ganz anderen Erkenntnissen aufwarten. Effizienz, Effektivität und Ressourcenschonung sind Markenzeichen des betrieblichen Handelns in vielen Unternehmen der Stadt. Deshalb mache ich mich für einen Hans-Jonas-Umweltpreis in Mönchengladbach stark, der im Abstand von drei Jahren regelmäßig ein herausragendes Beispiel unternehmerischer Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung öffentlich wertschätzt.</p> <p>Dabei gilt es das Wissens- und Innovationspotential in Mönchengladbach ansässiger Unternehmen als herausragendes Kapital und besondere Stärke unserer Stadt in besonderem Maße zu profilieren. Eine städtische Imagekampagne zum Wirtschaftsstandort Mönchengladbach sollte dabei ihren Schwerpunkt insbesondere auf die Stärken und Kompetenzen der verschiedenen heimischen Unternehmen, die auf dem Weltmarkt wie auch im regionalen Wirtschaftsgeschehen eine herausragende Rolle spielen, legen.</p> <p>Es gilt den Austausch zwischen heimischer Wirtschaft bzw. am Ort ansässigen Unternehmen mit Verwaltung, mit Beteiligungsgesellschaften, der Hochschule Niederrhein und Politik zu intensivieren. Und ständig nach Möglichkeiten für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zu suchen.</p> <p>Darüber hinaus sollte die Attraktivität der Arbeitgeber in der Region insbesondere für gut ausgebildete Facharbeiter durch regionale Kooperationsprojekte - nicht nur mit der Hochschule Niederrhein – weiter erhöht werden, auch um die Region mittlerer Niederrhein im Umgang mit dem demographischen Wandel besser aufzustellen.</p>



Frage 3	Wie sollte aus Ihrer Sicht ein LKW-Routenkonzept ausgestaltet werden?				
	<p>Von elementarer Bedeutung für die Sicherung des Gewerbe- und Industriestandortes Mönchengladbach ist ein langfristig abgesichertes Hauptstraßennetz, das auch vor dem Hintergrund sich weiter verschärfender Umweltgesetzgebung dauerhaft für den Schwerlast- und Lieferverkehr zur Verfügung steht.</p> <p>In mehreren Arbeitskreisen mit den Akteuren aus Industrie und Gewerbe wurde im Konsens ein mehrstufiges Verfahren zur Absicherung der relevanten Lkw-Routen in Mönchengladbach entwickelt. In den ersten Schritten sind die vorhandene zentrale Achse von der Waldnieler Straße zur Fliethstraße und vom Berliner Platz nach Süden via Theodor-Heuss-Straße bis Limitenstraße mit lärmoptimiertem Asphalt auszustatten sowie derzeit bestehende Engstellen, z. B. die lastbeschränkte Brücke Ritterstraße oder die schiefwinklige Kreuzung Landgrafenstraße/Blumenberger Straße, zu beseitigen.</p> <p>Mittelfristig muss die o.g. letzte Nord-Süd-Verbindung für den Lkw-Verkehr durch jeweils eine östliche und westliche Entlastungsachse vor Verkehrszunahmen geschützt werden. Diese beiden Entlastungsachsen sind bereits zur Förderung angemeldet und befinden sich planerisch in Vorbereitung. Zur langfristigen Absicherung sollen weitere, heute noch offene, Achsen von Bebauung freigehalten werden, um im Falle sich evtl. deutlich verschärfender Umweltgesetze durch gezielte Maßnahmen gegensteuern zu können.</p>	<p>Grundsätzlich: Das Hauptverkehrsstraßennetz darf nicht weiter eingeschränkt werden. In der Stadt liegende Gewerbegebiete - wie beispielsweise Mitte und Speick - müssen von den Autobahnen über Bundes- und Landesstraßen und über das Hauptverkehrsstraßennetz erreichbar sein, und dies „redundant“, d.h. von mindestens zwei Seiten. Wenn Betriebe nachweislich nachts erreichbar sein müssen, dann muss dies ermöglicht werden.</p> <p>Einzelmaßnahmen: Eine wichtige Maßnahme zum verbesserten Verkehrsfluss ist zwingend der Ausbau des Mittleren Rings in Rheydt. Die Brücke Ritterstraße muss kurzfristig auch für Schwerlast-Transporte ertüchtigt werden. Die Vergabe der notwendigen Ingenieurleistungen ist gerade erfolgt. Die Kreuzung Blumenbergerstraße / Landgrafenstraße muss begradigt werden. Auch dafür sind die Mittel für das laufende Jahr im Haushalt veranschlagt.</p>	<p>LKW Routenkonzept mit kurzer Anbindungen an die Unternehmen.</p>	<p>Ein vernünftiges Lkw-Routenkonzept erfordert als Basis ein grundlegendes Mobilitätskonzept, in dem Lkw-Verkehr eine von zahlreichen Mobilitätsarten ist, die in der Stadt zu organisieren sind. Dieses Konzept gibt es nicht, und es muss mit Nachdruck erarbeitet werden.</p> <p>Das Lkw-Routenkonzept wird am Ende immer ein Kompromiss sein zwischen den Interessen der ortsansässigen Unternehmen, für die gute Erreichbarkeit ein wesentlicher Standortfaktor ist, und den Interessen der Stadtbewohner, die vor übermäßigem Lärm geschützt sein wollen. Allein durch Verbote für den Lkw-Verkehr werden keine guten Lösungen zu erreichen sein</p>	<p>Das Lkw-Routenkonzept ist unabdingbar als <u>die</u> entscheidende Grundlage für eine funktionierende verkehrstechnische Anbindung der Gewerbebetriebe. Die daraus abzuleitenden Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen dienen gleichzeitig der Standortsicherung. Ich mache mich dafür stark, dass die verkehrlichen Probleme im bestehenden Straßennetz gelöst werden. Die hohe Verkehrsdichte ergibt sich unmittelbar aus dem unverhältnismäßig hohen Individualverkehr. Die Verkehrsprobleme Mönchengladbachs resultieren aus dem Festhalten an einer überkommenen Verkehrspolitik. Es ist viel ökonomischer, bestehende Straßen lärmschutztechnisch zu ertüchtigen, als über extrem teure (und angesichts der desolaten Haushaltssituation auch nicht durchsetzbare) neue Straßentrassen zu phantasieren.</p>



Frage 4	Wie gedenken Sie, die kommunale Verkehrsinfrastruktur rund um den Nordpark anzupassen bzw. zu vergrößern, um den Anforderungen der wachsenden Ansiedlungen sowie der auf dem Gelände stattfindenden Großereignisse gerecht zu werden?				
	<p>Zur Zeit wird mit der Bundesstraßenbaubehörde die Verbreiterung der Autobahnen A-52 und A-61 von 4 auf 6 Spuren mit einer leistungsfähigen Anpassung der Anschlussstellen und Autobahnkreuze geplant.</p> <p>Im Gebiet des Nordparkes selbst wurde in den vergangenen Jahren das Straßennetz sukzessive den Erweiterungen der Bauflächen durch den Neubau von Straßen angepasst. Aktuell befindet sich beispielsweise der nächste Straßenbauabschnitt (Madriker Straße) in der baulichen Umsetzung.</p> <p>Zum nächsten stattfindenden Großereignis (Länderspiel) läuft die Planung zur Vergrößerung des Parkplatzangebotes um weitere 2.000 Stellplätze, die dann über die Parkplatzgesellschaft Nordpark (PPG) bewirtschaftet werden. Auf der Autobahn A-61 wird darüber hinaus zur weiteren Entzerrung des Verkehrs über mobile dynamische Verkehrsleitsysteme eine weitere Anschlussstelle mit in das vorhandene System der Verkehrslenkung im Rahmen von Großereignissen integriert, so dass insgesamt eine weitere Anpassung der Infrastruktur in Planung bzw. bereits in konkreter Ausführung ist. Im Alltag, also wenn keine Spiele stattfinden, sollten insbesondere den Unternehmen im Denkmalbereich Stellplätze auf dem Großparkplätzen (hier P1) angeboten werden, erste Unternehmen machen hiervon ja jetzt auch Gebrauch. Es würde den Charakter dieses hochwertigen Areals zerstören, wenn hier noch mehr Parkplätze schaffen, und dies obwohl 200 m entfernt von den Großparkplätzen.</p>	<p>Die FDP hat damals gemeinsam mit der CDU gegen große Widerstände den dreistufigen Ausbau der Aachener Straße durchgesetzt. Die Erschließung des neuen Gewerbegebietes im Nordpark ist bewusst so gestaltet worden, dass sie auch für Großereignisse genutzt werden kann. Jetzt ist vor allem der Umbau der Anschlussstelle Holt im Zusammenhang mit dem sechsspurigen Ausbau der A 61 notwendig, da hier der gesamte Verkehr in und aus dem Nordpark zusammentrifft.</p>	<p>Ein Verkehrskonzept mit klarer Linienführung der Zu- und Abfahrten im Nordpark.</p> <p>Ein Verkehrswegenutzungsplan mit den entsprechenden Konzepten für Straßenunterhalt, Parkmöglichkeiten, Radwege nach Dänischem Vorbild, Bussen und Bahnen rundet diese Konzeption ab. Fahrpläne gilt es bedarfsgerecht so zu gestalten, dass die Bürger ein besseres Angebot des ÖPNV auch annehmen und somit die Wohngebiete Schritt für Schritt grüner und verkehrsberuhigter werden. Ein reduzierte LKW Verkehr zu noch enger getakteten Verkehrszeiten wird zudem die Lebensqualität der Anwohner merklich verbessern.</p>	<p>Derzeit ist nicht erkennbar, dass die vorhandene Verkehrsinfrastruktur für die wachsenden Ansiedlungen im Nordpark nicht ausreichend wäre. Dennoch ist frühzeitig im Rahmen der Bearbeitung jedes neuen Bauantrags zu überprüfen, ob insbesondere die Zahl der neuen Arbeitsplätze, die erfreulicherweise in diesem Bereich entstehen, zu einem Nachsteuerungsbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur führt.</p> <p>Was die auf dem Gelände stattfindenden Großereignisse betrifft, wird die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur laufend überprüft, um Mängel zu erkennen und auch aus Fehlern zu lernen. Es sind auch schon zahlreiche Maßnahmen wie zum Beispiel der Bau einer zusätzlichen Autobahnauffahrt ergriffen worden, um die Situation zu verbessern. Wünschenswert wäre sicherlich ein Bahnanschluss für den Nordpark, den die Stadt Mönchengladbach allerdings aus eigenen finanziellen Ressourcen nicht wird bauen können. Hier sind Gespräche mit möglichen Fördergebern zu führen, deren Erfolgsaussichten allerdings schwer zu beurteilen sind.</p>	<p>Die im Nordpark bestehende Verkehrsinfrastruktur ist - bis auf mehr wie 18 Tage im Jahr - sehr gut. Sie wird im Dialog mit allen Beteiligten sukzessive optimiert und den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst. Neubau- oder Ausbaunotwendigkeiten wurden bisher nicht am mich herangetragen. Gewünschte Investitionsmaßnahmen müssten sich gegenüber allen anderen im Stadtgebiet notwendigen Handlungsbedarfen rechtfertigen lassen.</p>



Frage 5 **Der Einzelhandel hat nicht nur eine hohe Bedeutung als Wirtschaftsfaktor. Ihm kommt darüber hinaus auch noch eine gewichtige Rolle als „weicher Standortfaktor“ zu. In Mönchengladbach ist durch den Bau der Arcaden einiges in Bewegung gekommen. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine Attraktivitätssteigerung der Innenstadt zu erreichen?**

Mit dem Bau der Mönchengladbach Arcaden ist ein weiterer und wichtiger Baustein aus dem seit einigen Jahren verfolgten Stufenkonzept zur Attraktivierung der Mönchengladbacher Stadtmitte in Realisierung gekommen, was mich persönlich sehr freut. Wir erhalten einem zeitgemäßen, optisch sehr ansprechenden und professionell geplanten und später geführten Einkaufszentrum in einer Lage, wie sie besser kaum sein könnte für ein solches Projekt. Ich bin mir sicher, dass dies zahlreiche neue Kunden in die Innenstadt ziehen wird, auch und gerade solche, die vielleicht in den letzten Jahren in unser Umland abgewandert sind. Insoweit können wir die Kundenfrequenz auf der Hindenburgstraße erhöhen, wovon auch andere Einzelhändler und Gastronomen profitieren werden. Durch den Bau der Arcaden ist es aber auch erst möglich geworden, mit der Umgestaltung des Platzes vor dem so genannten „Sonnenhaus“ einen neuen zentralen Treffpunkt als „gute Stube“ Mönchengladbachs in Kürze in Angriff nehmen zu können. Der dafür vorgesehene Gestaltungswettbewerb soll sicher stellen, dass wir eine möglichst hohe, der Bedeutung dieses neuen Platzes angemessene Gestaltungsqualität erreichen können. Die Arcaden und der neue Platz davor werden das neue Herz und das zentrale Gelenk der Stadtmitte werden. Der hohe Aufwand, den wir für dieses Projekt betrieben haben, wird sich auszahlen und war auch gerechtfertigt.

Das Thema der innerstädtischen Plätze wird damit aber nicht abgeschlossen sein. Beim Schillerplatz haben wir jüngst im Einvernehmen mit vielen Interessierten dort ein sehr gutes Ergebnis erzielt, das wir auch umsetzen wollen. Der Friedrichplatz steht ebenfalls kurz vor dem Umsetzung. Erfreulich im Übrigen, dass dort im Umfeld mittlerweile einige Eigentümer in ihre Gebäude investieren wollen.

Durch die Arcaden und den Gestaltungswettbewerb für den gegenüberliegenden Platz am Sonnenhaus sowie die Umgestaltung des Rheydter Marktplatzes erfahren beide Innenstädte eine deutliche Attraktivierung. Wichtig ist nun, dass wir eine gute Erreichbarkeit sicherstellen. Einerseits durch den ÖPNV, andererseits aber auch für den Autoverkehr. Wer will, dass Leute aus Viersen oder Krefeld nach Dienstschluss zum Einkaufen nach Mönchengladbach kommen, muss sicherstellen, dass man die Arcaden auch im Feierabendverkehr noch erreichen kann.

Im Übrigen müssen wir nach der Stärkung der Mitte der Hindenburgstraße nun vor allem die Enden – also die Bereiche rund um den Alten Markt und den Hauptbahnhof – mit Frequenzbringern stärken, damit das Potential der Arcaden von der gesamten Innenstadt genutzt werden kann.

Auch sollten wir nach weiteren Möglichkeiten suchen, die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten noch zu erhöhen. Beispiel: Der verwaiste Biergarten des Haus Erholung könnte nach Fertigstellung des Platzes am Sonnenhaus wieder ein attraktiver Standort für Außengastronomie sein.

Stärkung der Kerne als oberste Regel. Anstatt den Wettbewerb durch den Aufbau neuer bzw. weiterer Angebotszentren innerhalb der Stadt Mönchengladbach zu verstärken, sollte ein Konzentration auf die Stärkung der Kerne, das heisst der Innenentwicklung in der Stadt Mönchengladbach, die oberste Regel der zukünftigen Entwicklung darstellen.

Voraussetzung hierfür ist vielfach die klare planerische Festlegung bzw. Bestätigung von Entwicklungsräumen und - gebieten im Rahmen der Bauleitplanung, nachdem zuvor auch mit mir und der Verwaltung der Stadt Mönchengladbach klare Prozesse bezüglich Status Quo, Entwicklungsziele und Abstimmung mit den Handlungsträgern vorgenommen worden sind.

So wird z.B. durch die konkrete Ausweisung von Entwicklungsräumen und zentralen Versorgungsbereichen ungezügelt weitere Entwicklung von Einzelhandelsflächen zu Lasten der Innenstädte bzw. der Stadtteile in Mönchengladbach verhindert. Entscheidungen bezüglich der weiteren Kommunalen Entwicklung sollten somit geprägt sein von:

Verdichtung und Konversion anstatt Erschliessung neuer Flächen,

Stärkung der vorhandenen Schwerpunkte und Kerne sowie

Angebots-Clustering.

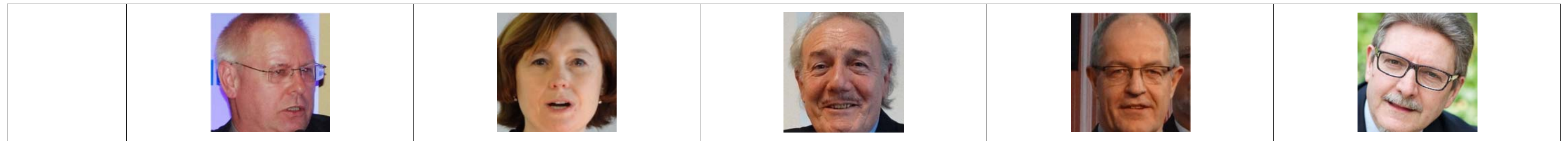
Voraussetzungen zur Realisierung dieser Vorgehensweisen ist ebenfalls die Einhaltung von Abstimmungsprozessen, das heisst, dass neben der kommunalen Verwaltung und Politik auch hier die Handlungsträger in die Prozesse mit eingebunden werden müssen, da nur so eine konsistente gemeinschaftliche Umsetzung mittelfristig erfolgen wird.

Einzelhandel ist nicht nur für die beiden Innenstadtkerne von Mönchengladbach von hoher Bedeutung, sondern auch für die vielen Stadtteil- und Ortsteilkern. Deshalb müssen Rahmenbedingungen für den Einzelhandel seitens der Stadt möglichst so gestaltet werden, dass die Attraktivität erhalten bleibt oder sogar gesteigert werden kann. In den Stadtteil- und Ortsteilkernen ist dabei zum Beispiel die Einführung von Parkgebühren der falsche Weg.

In den beiden Innenstadtbereichen sind bereits vor geraumer Zeit in Verantwortung der CDU entscheidende Weichen für attraktivere Rahmenbedingungen gestellt worden. Sie haben die Umsetzung des Innenstadtkonzeptes Rheydt und den Bau des neuen Einkaufszentrums an zentraler Stelle der Fußgängerzone Hindenburgstraße möglich gemacht. In beiden Stadtkernen muss ein besonderes Augenmerk auf eine hohe Aufenthaltsqualität gelegt werden, die wiederum nur im Zusammenspiel von Stadtverwaltung, politischen Akteuren, ortsansässigen Betrieben und Bürgern gestaltet werden kann. Für die Fußgängerzone Hindenburgstraße ist in diesem Zusammenhang nach Fertigstellung des neuen Einkaufszentrums dringend die Frage zu lösen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang es dort auch weiterhin Busverkehr geben soll.

Für die Innenstädte gibt es eine große Bandbreite an Handlungsfeldern, um städtische Qualität und gesunde Lebensverhältnisse als Grundvoraussetzung für Attraktivität zu generieren. Als ein dem Prinzip Verantwortung verpflichteter Oberbürgermeister setze ich mich zur Revitalisierung der Zentren Mönchengladbachs für eine Verkehrswende ein. Die Abkehr von der Autovorrangpolitik, wie sie auch der Masterplan für Mönchengladbach vorschlägt, wird andernorts längst als positive Entwicklung verfolgt. Deshalb gilt es, das automotorisierte Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren in Mönchengladbach deutlich zu verringern. Es gilt das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern. Ich schlage vor, die Voraussetzungen für den Bau einer Straßenbahn untersuchen zu lassen. In einem ersten Schritt gilt es den Einstieg für eine schienengebundene Straßenbahnverbindung zwischen den beiden Zentren Mönchengladbachs in den nächsten fünf Jahren zu schaffen. Die Stadt hat mit der „mobil und aktiv“ unter dem Dach der NEW über eine 100-prozentige Stadtochter, die über die notwendigen Finanzmittel verfügt, um die erforderliche Akquise öffentlicher Förderung durch die Europäische Union mit dem kommunalen Eigenanteil zu komplettieren.

Für den Bereich der Mönchengladbacher Innenstadt schlägt der Masterplan zahlreiche Maßnahmen vor, die zurzeit tatkräftig von städtischer Seite unter dem Einsatz beträchtlicher kommunaler Mittel verfolgt werden. Im Bereich der Rheydter Innenstadt setze ich mich für eine Verstärkung der maßgeblich unter Beteiligung der Mittel der Europäischen Gemeinschaft ermöglichten Maßnahmen ein. Gleichzeitig gilt es das heutige Interventionsgebiet für die „Soziale Stadt“ räumlich auszudehnen.



	<p>Hier zahlt sich aus, dass wir mit der Planung zur Umgestaltung offenbar einen Impuls gesetzt haben, der bald Früchte tragen wird.</p> <p>Bezüglich der Frage des Busverkehrs in den Hindenburgstraße sehe ich den Auswertungen der laufenden Befragungen ebenso ergebnisoffen wie auch mit großem Interesse entgegen. Sollte die Mehrheit der Bürgerschaft hier einen Veränderungsbedarf wünschen, so werde ich der Politik einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, der dann auch eine Neuordnung und -gestaltung der Fahrgasse in der Straßenmitte der Hindenburgstraße vorsieht.</p> <p>Insgesamt also sind wir bei der schrittweisen Umgestaltung der City nach wie vor auf Kurs und ich halte das Vorgehen in einzelnen Schritten auch nach wie vor für richtig. Die Baumaßnahme der „Arcaden“ sind ohne Zweifel eine Belastung für Kunden und Anrainer. Aber ich bin mir sicher, dass das Ergebnis ein deutlicher Gewinn sein wird.</p> <p>Eine isolierte Betrachtung der Fußgängerzone greift aber meines Erachtens nach zu kurz; ich bin daher sehr froh über die Initiativen, die sich aus der Bürgerschaft heraus um innenstadtnahe Quartiere wie Altstadt und das Gründerzeitviertel kümmern. Deren positives Wirken strahlt auch auf die City aus und erhöht maßgeblich deren Attraktivität. Auf diese Weise ist beispielsweise die Waldhausener Straße auf einen guten Weg gebracht worden, der aber noch nicht am Ende ist.</p> <p>Bezüglich der Innenstadt von Rheydt sind wir mit der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ seit längerem aktiv, um substantielle Verbesserungen an vielen Stellen in der City voranzubringen.</p>		<p>Im Rahmen von moderierten Prozessen müssen hinsichtlich der kommunalen Entwicklung Konsenzlösungen gefunden werden. Mein Ziel ist, alle Beteiligten auf eine gemeinsame Linie zu verpflichten, um im nächsten Schritt, dann auch gemeinsam die Umsetzung konsequent zu betreiben und flankierend durch Marketingmassnahmen die Stadt Mönchengladbach zu fördern. Erfolgreiches Marketing bedarf einer klaren Positionierung und Profilierung von Mönchengladbach und unserer Stadt als Marke.</p> <p>Wichtige Bausteine eines solchen Entwicklungsprozesses sind konkret:</p> <p>integrierte Stadtentwicklungskonzepte, kommunale Einzelhandelskonzepte, Zusammenlegung von Stadt- und Tourismusmarketing,</p> <p>Integrierte Innenstadtentwicklungskonzepte.</p>		<p>Eine gute Grundlage zur Fortsetzung der Verbesserung der Innenstadt bieten dazu die Maßnahmen, wie sie sich im „Gestaltungs- und Modernisierungshandbuch“ finden.</p> <p>Beide Innenstädte brauchen eine Identitätsbildung, die ihren Unterschiedlichkeiten Rechnung trägt, und die sich gleichzeitig ergänzen.</p> <p>Die Zentren – d.h. auch das „Nebenzentrum“ Rheydt – sollten weiter aufgewertet und einer Gestaltungssatzung unterlegt werden, um dem Wildwuchs an Werbeanlagen Einhalt zu gebieten. Insbesondere die benachbarten Niederlande sind uns da um eine Nasenlänge voraus. Um eine weitere Attraktivitätssteigerung zu erzielen, sollten beispielsweise Architektenwettbewerbe für im Sinne des Stadtraums bedeutende Grundstücke durchgeführt werden, um eine erhöhte Aufenthalts- und Stadtraumqualität zu erzielen. Da der Handel in den Haupt- und Nebenzentren eine wichtige „Magnetfunktion“ ausübt, muss das Einzelhandelskonzept beibehalten und fortentwickelt werden, damit nicht zentrenrelevanter Einzelhandel in den nicht integrierten Lagen die Innenstädte ausbluten lässt.</p> <p>Dazu ist es auch erforderlich, das bürgerschaftliche Engagement noch stärker zu fördern. Denn eine positive Identifikation mit dem Gemeinwesen und der Stadt ist die Grundvoraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung auch des Stadtzentrums. Dazu gehört es auch, Themen wie Inklusion und Barrierefreiheit vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung als Standortfaktoren mit zunehmender städtebaulicher Bedeutung zu begreifen. Dabei kommt der Herstellung von Barrierefreiheit im Einzelhandel eine ganz wichtige Bedeutung zu. Hierzu sollte es zu einem Zielkonzept zwischen den Citymanagements, der Stadt und dem am Ort tätigen sozialen Verbänden kommen.</p>
--	---	--	--	--	---



Der Marktplatz wird im Laufe des Sommers 2014 eröffnet werden, mit der Bahnhofstraße und der Marktstraße stehen die beiden letzten großen Baumaßnahmen an und die Projekte wie Familienbibliothek, „Bildungsfuchs“ oder „Bespielbare Stadt“ machen deutlich, dass bei „Soziale Stadt Rheydt“ der Name auch wirklich Programm ist und wir hier eine neue Qualität der Innenstadt erreichen wollen, in der sich alle Bevölkerungsgruppen wohl fühlen sollen.

Ich hoffe sehr, dass wir auch die Hausbesitzer und Einzelhändler überzeugen können, die Vorschläge des neuen Gestaltungshandbuchs ernst zu nehmen und umzusetzen, um auch das Stadtbild rund um die neu gestalteten Plätze und Wege in der Rheydter Innenstadt qualitativvoll zu halten und Wildwuchs einzudämmen.

Mit dem Projekt „Online-City“ Mönchengladbach untersucht unsere Wirtschaftsförderung gemeinsam mit (dem eWebResearchCenter) der Hochschule Niederrhein die Auswirkungen des Online-Handels auf unsere beiden Innenstädte. Das Land Nordrhein-Westfalen und die EU fördern Mönchengladbach als Pilotstadt in NRW. Zielsetzung ist, dass wir in diesem Projekt gemeinsam mit dem Einzelhandel Maßnahmen entwickeln und vor allem umsetzen, um die Innenstädte gegenüber dem Internethandel zu stärken.

Auch im Bereich der innenstadtnahen Quartiere entwickelt sich vieles positiv neu. In der Altstadt sehe ich nach jahrelangem Stillstand viel Bewegung und Engagement von Bürgern und im Quartier ansässigen Unternehmern. Das Altstadtlabor unterstützen wir durch den bei der WFMG ansässigen „Altstadtkümmerner“. Weiterhin hat vor allem die EWMG einige „Problemimmobilien“ auf der Waldhausener Straße erworben, dadurch sind neue spannende Nutzungskonzepte entstanden.



Frage 6 **Im Frühjahr 2013 wurde der Masterplan des britischen Architekten Sir Nicholas Grimshaw und seines Teams veröffentlicht. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die erforderlichen Strukturen für die Umsetzung geschaffen werden?**

Zuerst einmal ist zu sagen, dass die Initiative MG 3.0, die hier dankenswerterweise der Stadt Mönchengladbach ein sehr ambitioniertes Planwerk vorgelegt hat, eine private Initiative ist und dies auch bleiben wird. Wir haben uns mit dem Ratsbeschluss vom 03.07.2013 verpflichtet, den Masterplan bei zukünftigen stadtplanerischen Entscheidungen in dessen Darstellungsbereich in unsere Abwägungen einzu beziehen. Dies setzt nicht zwingend voraus, speziell hierfür neue Strukturen zu schaffen, zumal die Abordnung städtischen Personals hierfür empfindliche Lücken an andere Stelle reißen würde.

Ich habe daher bis auf Weiteres die Zuständigkeit für die Umsetzung des Masterplans an mich genommen, da ich seine Umsetzung aufgrund der vielfältigen Aussagen durchaus als eine Querschnittsaufgabe ansehe, die ich daher auch selbst koordinieren möchte.

Ganz konkret bedeutet Umsetzung aber auch, dass wir als Verwaltung bei laufenden Planverfahren die Kooperation mit MG 3.0 suchen werden, damit wir die Aussagen des Masterplans in konkret realisierbare Planungsschritte umsetzen können; wir machen ihn also gemeinsam mit der Initiative MG 3.0 konkret umsetzungsfähig. Als Beispiel sei hier das jetzt begonnene Planverfahren für den Bereich Grenzlandstadion / Polizeipräsidium genannt, wo wir gemeinsame Planungswerkstätten mit MG 3.0 machen wollen.

Beeindruckend finde ich zunächst die Zahl und die Qualität der bereits in Umsetzung befindlichen Projekte in den Masterplanbereichen „Gladbach-Tal“, Hochschulachse und Innenstadt Rheydt. Ob Roermonderhöfe, Blauhaus oder die Sanierung des Marktplatzes, an vielen Ecken tut sich was. Auf der letzten expo real haben wir Investoren auch Bereiche aufzeigen können, in denen wir in den nächsten Jahren konkret neue Projekte umsetzen können.

MG 3.0 in den Bau- und Planungsausschuss einbinden: Wir wollen den Leitlinien des Masterplans grundsätzlich folgen und den Verein bei deren Umsetzung unterstützen. Priorität haben für mich die Ideen zu City-Ost, zum Gladbachtal und zur Entwicklung der Hochschule Niederrhein. Wir wollen (leider bislang als einige Partei), dass der Verein Masterplan 3.0 ein beratendes Mitglied in den Bau- und Planungsausschuss entsenden kann. Damit wäre sicher gestellt, dass die Intentionen des Masterplans in alle städtebaulichen Diskussionen eingebracht werden können.

Bau- und Planungsverwaltung stärken: Der Masterplan ist nur durch privatwirtschaftliche Investitionen umsetzbar. Es muss gewährleistet sein, dass potentielle Investoren zügig ins Gespräch mit der Bauverwaltung kommen können und anschließende Genehmigungsverfahren ebenso zügig behandelt werden.

Masterplan 3.0 ist eine Idee, die eine gemeinschaftliche Vorgehensweise erfordert. Konkrete Abstimmungsregel und Mechanismen. Neue Verkehrs- und ÖPNV Konzepte verbunden mit nutzungsgerechten Immobilien sind schaffen.

Wesentlicher Punkt ist eine verbesserte Organisation und eine ausreichende personelle Ausstattung des Planungs- und Baudezernates der Stadtverwaltung, die die Voraussetzung schaffen, die Umsetzung des Masterplans mit den dafür erforderlichen Strukturen erfolgreich zu begleiten. Da die Planungshoheit weiterhin bei der Stadt Mönchengladbach liegt, müssen notwendige Planverfahren auch zügig bearbeitet werden können. Bauanträge für Bauvorhaben in den Planungsbereichen des Masterplans sind grundsätzlich mit den Ideen des Masterplans abzugleichen.





Darüber hinaus ist bei der Umsetzung des Masterplans von allen beteiligten Akteuren die in der Erarbeitungsphase praktizierte Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Und es muss seitens der Stadt Mönchengladbach intensiv für die Umsetzung einzelner Masterplan-Bausteine geworben werden, damit ortsansässige und auswärtige Investoren gewonnen werden.

Ich habe die Masterplaninitiative nach Kräften politisch unterstützt. Der Masterplan hat zunächst eine breit angelegte Diskussion um stadtplanerische Qualitäten ins Rollen gebracht.

Dies ist eine echte Innovation in Mönchengladbach, einer Stadt, in der bis vor kurzem selbst bedeutende Projekte im Verborgenen und mit undurchsichtigen Strukturen entwickelt wurden. Sir Nicholas Grimshaw und sein Team stellten den Masterplan unter die Überschrift: „Die Stadt mit den zwei Herzen“. Gemeint waren die Zentren von Mönchengladbach und Rheydt. Damit wurden Hoffnungen in beiden Zentren der Stadt genährt.

Ob City Ost, die Bleichwiese, die Vorplatzgestaltung des Sonnenhauses, der Campus der Hochschule - wer die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Masterplan verfolgt hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Interventionen im Kontext mit dem Masterplan dauerhaft auf den Stadtraum des Zentrums Mönchengladbach konzentrieren, das betrifft insbesondere auch den öffentlichen Mitteleinsatz.

In diesem Kontext läuft der Prozess Gefahr, die ursprüngliche Ausgangsvision des Masterplans als der „Stadt mit den zwei Herzen“ in eine Beschwichtigungsstrategie umzu deuten. Auch das Besetzungsverfahren um den Masterplanbeirat hat diese Bedenken eher genährt. Wenn der Masterplan weiterhin eine breite lokale Akzeptanz finden möchte, braucht er die Zustimmung der Öffentlichkeit der gesamten Stadt. Wenn er die Stadt jetzt aber von der anderen Seite aus spaltet, in dem er seine Interventionen - gestützt über den kommunalen Investitionshaushalt und den der städtischen Beteiligungsgesellschaften (EWMG) - dauerhaft auf das Zentrum Mönchengladbachs konzentriert, läuft er Gefahr, seine öffentliche Legitimation zu verlieren.

					
	<p>Das Interesse auch von überörtlichen Investoren zeigt mir, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.</p> <p>Um den Masterplan immobilienwirtschaftlich umsetzen zu können, brauchen wir auch eine starke EWMG. Unsere Immobilienochter hat ja unlängst den Roller-Markt in der City-Ost erworben, nicht zuletzt um hier langfristig Stadtentwicklung und Stadt-reparatur betreiben zu können. Nicht überall werden wir als Stadt bzw. EWMG den Masterplan unterstützen können, dennoch sollten und müssen wir als Kommune an wichtigen Stellen eingreifen müssen. Nicht zuletzt darum ist auch wichtig, dass wir zügig auch langfristig vermarktbar Grundstücke an die EWMG übertragen.</p> <p>Auch verweise ich auf die Aufstellungsbeschlüsse zur City-Ost, mit denen wir die Ideen des Masterplans in konkretes Planungsrecht umsetzen. Insoweit denke ich, dass wir an dieser Stelle keine Strukturdebatte führen müssen, sondern uns darauf konzentrieren sollten, die vielen Ideen des Masterplans konkret realisierbar zu machen. Eine Parallelorganisation zur planenden Verwaltung ist meiner Ansicht nach hierfür nicht hilfreich.</p>				<p>Ein Oberbürgermeister ist den Interessen des Gemeinwohls gegenüber der Gesamtstadt verpflichtet. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern muss er dabei sicherstellen, dass beim Masterplan eine möglichst hohe öffentliche Akzeptanz für eine gemeinsame Strategie entsteht und weiter entwickelt werden kann.</p> <p>Als Oberbürgermeister begrüße ich die Masterplaninitiative ausdrücklich und werde mich im Masterplanbeirat aktiv daran beteiligen, diesen Plan mit Leben zu füllen.</p> <p>Große Etats stehen bekanntermaßen nicht zur Verfügung. Es gilt, intelligente Strukturen zu finden (z.B. revolving Fonds) und insbesondere auch die chronisch unterbesetzte Planungsverwaltung für die Aufgabe auszurüsten.</p>



Frage 7 **Mönchengladbach zählt zu den wenigen Städten in Deutschland, die nicht über ein kommunales Citymarketing verfügen. Die beiden Citymanagements in Gladbach und Rheydt agieren als private Vereine. Wie sollte sich die Stadt an dieser wichtigen Aufgabe stärker beteiligen?**

Der Begriff „Citymarketing“ wird in meiner Wahrnehmung erster Linie mit einem abgestimmten innerstädtischen Einzelhandels-, Kultur- oder Tourismusmarketing verbunden und insoweit inhaltlich - vor allem aber räumlich - eingegrenzter definiert als Stadtmarketing, welches wir ja bereits kommunal organisiert und auch erfolgreich betreiben durch die Marketinggesellschaft MGMG. Citymarketing hat also im Regelfall die Aufgabe, die Attraktivität des Stadtzentrum zu steigern, um damit Kunden- und Besucherströme anzuziehen und eine Belebung der City zu erwirken. Im Gegensatz zum Citymanagement, das ähnliche Ziele verfolgt, aber in den meisten Fällen, wie auch hier bei uns in Mönchengladbach, privatwirtschaftlich organisiert und vom örtlichen Einzelhandel und den Werbegemeinschaften getragen ist, wird Stadtmarketing also von der Stadtpolitik bzw. Verwaltung betrieben.

Insoweit ist erst einmal kritisch zu hinterfragen, eine klare Aufgabenteilung, die wir in Mönchengladbach erarbeitet haben, miteinander vermischen zu wollen. Ich denke, dass hierfür kein Anlass besteht.

Es ist aus meiner Sicht nämlich nicht unbedingt sinnvoll, die Belange des Einzelhandels zu kommunalisieren. Auch und gerade aufgrund der Struktur Mönchengladbachs mit zwei starken, wenngleich unterschiedlich aufgestellten Innenstädten, ist es durchaus angemessen, wenn der Handel in der jeweiligen Citylage seine sehr individuellen Wünsche und Ideen selbst vertritt, statt dies an eine übergeordnete Organisation zu delegieren.

Auf der anderen Seite hingegen hat die MGMG die gesamtstädtischen Belange im Auge und positioniert Mönchengladbach als einen Standort für Kultur, Freizeit und Kongresse.






Wenn wir weitere Gewerbesteuererhöhungen vermeiden wollen, müssen wir uns von nicht zwingend notwendigen kommunalen Aufgaben trennen. Dass das Citymarketing bislang größtenteils privatwirtschaftlich betrieben wird, sollte demnach auch so bleiben. Verwaltung und MGMG sollten dabei verlässliche Partner der Citymanagements sein.

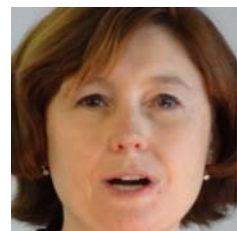
-

Es ist gut, dass Handel und innerstädtische Wirtschaft sich in Citymanagements oder Werbegemeinschaften eigenverantwortlich organisieren. So können sie ihre Interessen ungefiltert vertreten. Allerdings sind die Stadt und ihre Tochtergesellschaften in der Pflicht, dieses Angebot auch konstruktiv wahrzunehmen. Hier liegt manches im Argen. Der Oberbürgermeister hat es in der Hand, auf die Wirtschaft zuzugehen und muss dies auch tun.

Aus meiner Sicht liegt hier die Verantwortung bei den beiden als selbstständige Vereine organisierten Citymanagements in Mönchengladbach und Rheydt, die sich bezüglich der Struktur ihrer Mitgliedschaft stark voneinander unterscheiden. Für beide Citymanagements waren und sind die politischen Fraktionen des Rates stets Dialogpartner. Was die Kommunikation zwischen Verwaltung und den Citymanagements angeht, kommt dem Oberbürgermeister in Bezug auf die Qualität und die Verstärkung des Kommunikationsprozesses eine wichtige Rolle zu.

Zur Besonderheit der Gesamtstadt gehört es, mit Gladbach und Rheydt zwei Zentren zu haben. Diese beiden Zentren haben jeweils ihre eigene, historisch gewachsenen Identitäten und ihre eigenen einzelhandels-technischen Profile und Ausrichtungen, die sich gesamtstädtisch ergänzen könnten. Dies sollte viel mehr noch als Stärke begriffen werden. Entscheidend ist, dass beide Zentren gedeihen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hier trägt die Politik im besonderen Maße Verantwortung.

					
	<p>Dies schließt im Übrigen auch den Shoppingtourismus ein, insoweit gibt es hier ja auch eine ganz konkrete Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele.</p> <p>Im übrigen sei auch noch darauf verwiesen, dass wir die Gründung des Citymanagements in Rheydt über ein Förderprogramm über einen längeren Zeitraum auch massiv gefördert haben; dies war unter anderem mit der Maßgabe geschehen, dass tragfähige Strukturen geschaffen werden, die eine dauerhafte und von weiteren Zuschüssen unabhängige Arbeit möglich machen. Insoweit haben wir dort konkrete Aufbauhilfe geleistet und diese befristete Unterstützung war auch der richtige Weg statt einer dauerhaften Alimentierung.</p>				



Frage 8 **Viele Unternehmen, die sich am Niederrhein ansiedeln oder ihre Flächenkapazität erweitern möchten, beklagen sich über zu wenig freie Gewerbeflächen. Dies gilt gerade für Logistikbetriebe. Die regionale Wirtschaft fordert daher eine verstärkte Ausweisung an Gewerbegebieten.**

Welche Vorschläge zur Ausweisung von Gewerbeflächen haben Sie für Ihre Kommune?

Insbesondere interessiert uns, wie Sie die mögliche Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebiets Mönchengladbach-Hardt/Viersen-Mackenstein einschätzen.

Erst einmal ist zu sagen, dass die anhaltend hohe Nachfrage nach Gewerbegebieten in Mönchengladbach ein großer Erfolg der letzten Jahre ist und auch zeigt, dass wir u.a. mit einer Fokussierung auf Logistik den richtigen Weg beschritten haben. Nachdem wir im RegioPark gemeinsam mit unserer Nachbargemeinde Jüchen zahlreiche Nutzer ansiedeln konnten, müssen wir nun die nächste Stufe der Rakete zünden. Mit meinem Viersener Kollegen Günther Thönnessen bin ich mir einig, dass der Standort Viersen – Mönchengladbach aufgrund der Lage an der zunehmend wichtiger werdenden Verkehrsachse A-52 und entlang der A-61 ein Standort mit sehr hohem Potenzial ist. Wir haben daher eine gemeinsame Initiative gestartet, um auch die Bezirksregierung Düsseldorf davon zu überzeugen, hier, in Anlehnung an das Gewerbegebiet in Viersen-Mackenstein, einen neuen Standort im Regionalplan darstellen zu können, den wir dann in den kommenden Jahren sukzessive und gemeinsam entwickeln werden. Diese Initiative war jüngst erfolgreich und zeigt, dass Denken und Handeln über Stadtgrenzen hinweg ein Zukunftsmodell ist.

Ohne jetzt schon die genaue Größe des zukünftigen Gebietes zu kennen, so wird es ebenfalls ein gemeinsames Gewerbegebiet werden, das von Mackenstein aus in Richtung Süden dann in unser Stadtgebiet hineinwachsen wird.

Darüber hinaus werde ich zeitnah mit der Planung für die Niederrheinkaserne beginnen.

Mit interkommunalen Gewerbegebieten hat unsere Stadt gute Erfahrungen gemacht. Als positives Beispiel sei hier der Regiopark mit Jüchen genannt, der sehr gut angenommen wurde und durch den viele Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Wir sind daher sicher, dass auch ein gemeinsames neues Gewerbegebiet mit Viersen die Stadt weiter voran bringen wird. Auf die zügige Umsetzung dieses Ansatzes sollten wir uns zunächst konzentrieren. Mönchengladbach muss hier seine Interessen gegen Landes- und Bezirksregierung beim Landesentwicklungsplan durchsetzen.

Interkommunale Gewerbegebiete sind begrüßenswert und unerlässlich notwendig.






Die Notwendigkeit, ansiedlungsinteressierten Unternehmen in ausreichendem Umfang Gewerbeflächen in Mönchengladbach anbieten zu können, ist unumstritten. Allerdings sind die Möglichkeiten, dies durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete innerhalb des Stadtgebietes von Mönchengladbach zu tun, begrenzt.

Deshalb sind zwei Wege einzuschlagen: Geeignete Flächen, die schon in der Vergangenheit gewerblich genutzt wurden, sind für eine erneute gewerbliche Nutzung zu aktivieren. Ein Beispiel, wie dies geschehen kann, ist das Gelände der früheren Mülforter Zeugdruckerei in Odenkirchen. Für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen oder –kreisen zu suchen, wie es zum Beispiel schon bei der Entwicklung des Regioparks geschehen ist.

Die Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebiets Mönchengladbach-Hardt/Viersen-Mackenstein sollte mit Nachdruck verfolgt werden, wobei die Aufnahme eines derartigen Projektes in den neuen Regionalplan, der aktuell erarbeitet wird, von großer Bedeutung wäre.

Das Generalrezept für Wirtschaftsförderung in Mönchengladbach kann nicht ausschließlich darin begründet liegen, nur immer neue Flächen für Logistik auszuweisen. Die Logistik bringt Jobs im Niedriglohnssektor mit sich; dieser Sektor ist mittlerweile mit Zalando und Fiege schon zur Genüge abgedeckt. Derzeit wird der zukünftige Bedarf für Gewerbeflächen in allen Branchen (vor allem auch für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe) gutachterlich ermittelt.

Für Mönchengladbach ist es eine wichtige Aufgabe, für die zahlreichen minder genutzten Gewerbeobjekte und innerstädtischen Branchen neue Nutzungen zu finden, idealerweise im nicht störenden Gewerbe mit einer hohen Facharbeiterdichte und im Dienstleistungsbereich mit guten Löhnen und Qualifikation.

					
	<p>Dort haben wir mittlerweile ausreichende Nachfrage für einen Gewerbestandort, der speziell solche Nachfrage bedienen wird, die auf einen schnellen Zugang zur Autobahn angewiesen ist, also eine Art „Drive-In“-Gewerbestandort. Hier ist es gelungen, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu überzeugen, unser Konzept mitzugehen. Teile des Geländes werden in diesem Zuge übrigens der Natur zurückgegeben und wir können auf diese Weise den Nord-Süd-Grünzug, der an der Kaiser Friedrich Halle beginnt, sich im Bunten Garten und am Nordfriedhof fortsetzt, anreichern.</p> <p>Darüber hinaus entwickeln wir mit dem Nordpark und auch mit den neuen Planungen für die City-Ost zwei attraktive Dienstleistungsstandorte mit jeweils unterschiedlichem Profil und somit auch für unterschiedliche Zielgruppen. Mit diesen Standorten zielen wir auch eher auf hochwertige Nutzungen und entsprechend hochwertige Arbeitsplätze, die wir gerne in die Stadt holen wollen.</p>				



Frage 9

**Verschiedene Möglichkeiten zur Folgenutzung des JHQ-Geländes werden derzeit diskutiert.
Welche Möglichkeiten präferieren Sie?**

Bezüglich der Folgenutzung eines Teils des Geländes als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber habe ich mich bereits frühzeitig dahingehend festgelegt, dass ich eine solche Nachnutzung unter der Maßgabe, dass hierdurch weitere Nachnutzungsideen nicht substantiell unmöglich gemacht werden, begrüßen würde. Die Struktur des Geländes und die Gebäudesubstanz in dem Geländeteil, der ausgewählt worden ist, sind sehr gut geeignet und die Ansiedlung dieser Erstunterbringung gibt uns die Möglichkeit, im Gegenzug auf die Bereitstellung zusätzliche Kapazitäten für eine Dauerunterbringung von Asylbewerbern verzichten zu können.



Bezüglich der weiteren Nutzungen haben wir in den vergangenen Monaten einige interessante Konzepte und Ideen vorgestellt bekommen. Entscheidend ist für mich der Gewinn, den die Stadt Mönchengladbach aus der Nachfolgenutzung erfahren wird. Dabei sind für mich auch Kombinationen verschiedener Ideen denkbar. Allerdings gilt weiterhin, dass ich mir das Areal aufgrund seiner Entfernung und seiner doch recht isolierten Lage nicht als Wohnstandort, nicht als Standort für Einzelhandel oder klassisches Gewerbe vorstellen kann. Im Hinblick auf die bereits öffentlich diskutierte Nutzung als Konzertgelände sind noch zahlreiche Fragen zu klären, auch und gerade im Hinblick auf Natur- und Artenschutz und die Vermeidung der Beeinträchtigung umliegender Ortschaften. Diese Fragen sind komplex und müssen daher auch sehr sorgfältig abgearbeitet werden. Niemanden ist mit einer schnellen Idee geholfen, die am Ende nicht umgesetzt werden kann. Auch bleibe ich dabei, dass mindestens ein Teil der JHQ der Natur zurückgegeben werden sollte. Das Abrisskonzept der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sieht daher auch vor, mit eben jenen Bereichen im Westen des Areals zu beginnen, die an die besonders wertvollen Naturräume direkt angrenzen.

Die Stadt Mönchengladbach hat die einmalige Möglichkeit, das ehemalige Militärgelände des JHQ einer zivilen Nutzung zuzuführen. Es ist immens wichtig, dass wir diese Chance jetzt nicht ungenutzt verstreichen lassen, wo so viel Interesse am Gelände besteht. Auf Initiative der FDP hat der Rat jüngst beschlossen, die Etablierung des JHQ als Musikfestivalgelände aktiv voranzutreiben. Das betrifft aber nur einen Teil der Fläche. Daneben sind weitere Nutzungsmöglichkeiten denkbar. Ich persönlich bin auch angetan von der Idee des großen Freizeitparks „The Seasons“.

-

Die Diskussion der Nachnutzung des früheren JHQ-Geländes ist kein Wunschkonzert, sondern ein intensiver Abstimmungsprozess zwischen unterschiedlichen Akteuren, insbesondere der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Grundstückseigentümerin, der Stadt Mönchengladbach, die das Planungsrecht hat, und Interessenten an einer Nachnutzung. Wichtig ist, dass dabei nicht nur bilaterale Gespräche stattfinden, sondern alle Beteiligten gemeinsam nach guten Lösungen suchen. Für die Stadt Mönchengladbach ist entscheidend, dass jedwede Nutzung nachhaltig ist und mit Blick auf ihre Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt verträglich ist.

Es besteht hinsichtlich der Nutzung des JHQ-Geländes ein breiter Konsens in der Stadt für einen Rückbau und die Renaturierung, wobei die Bereiche Wohnen und Großgewerbe ausgeschlossen sind. Dabei sollten Einnahmen aus Windkraftnutzung die Bilanz aufbessern. Nun will das Land NRW im JHQ ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge errichten. Vor diesem Hintergrund ist es derzeit noch zu früh, sich auf weitergehende Nachnutzungskonzepte festzulegen. Alle vorliegenden Projektideen sind höchst unterschiedlicher Qualität und Durcharbeitung, sie alle fußen auf Initiativbewerbungen. Bemerkenswert ist jedoch das internationale Interesse an Mönchengladbach. Ohne ein geordnetes Ausschreibungsverfahren kann es aber keine Festlegungen geben. Maßstab sind für mich Arbeitsplätze, Umwelt- und Naturverträglichkeit, die Akzeptanz der Bürgerschaft und der Gewinn für die Stadt Mönchengladbach.

					
	<p>Das ist vielleicht nicht unbedingt spektakulär, aber auch diese Maßnahmen zur Erhöhung und Stärkung unserer landschaftlichen Qualität sind ein echter Gewinn für die Stadt.</p>				



Frage 10 Die Lage der Kommunalfinanzen in Mönchengladbach ist kritisch. Die Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen hat sich bislang sehr stark auf die Erhöhung von Einnahmen fokussiert. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Ausgaben zu reduzieren?

Ja, die Finanzlage in Mönchengladbach ist weiterhin kritisch. Durch die Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen ist es uns jedoch wieder grundsätzlich möglich, ab dem Jahr 2018 mit Landeshilfen und ab dem Jahr 2021 ohne Landeshilfen, einen Haushaltsausgleich darzustellen. Voraussetzung zur erfolgreichen Umsetzung dieser Planung ist jedoch, dass die bereits im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen in voller Höhe und termingerecht umgesetzt werden und sich zudem die allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt Mönchengladbach nicht verschlechtern.

Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2014 sieht einen Konsolidierungsbetrag bis zum Jahr 2021 i.H.v. gesamt ca. 331,1 Mio. € vor. Hiervon sollen ca. 59,9% oder ca. 198,3 Mio. € aus Ertragssteigerungen und immerhin ca. 40,1% oder ca. 132,8 Mio. € aus Aufwandsreduzierungen generiert werden. Seit Mitte der 90' er Jahre bis zur Aufnahme in den Stärkungspakt Stadtfinanzen im Jahr 2012 befand sich die Stadt Mönchengladbach im Nothaushaltsrecht. Während dieses Zeitraums wurde Haushaltskonsolidierung überwiegend durch Aufwandsreduzierung generiert. So weist das Haushaltssanierungskonzept 2010/2011 noch ein Konsolidierungsverhältnis von ca. 72% Aufwandsreduzierung und ca. 28% Ertragssteigerung aus. Als Ergebnis dieser Entwicklung muss festgestellt werden, dass weitere Konsolidierungsmaßnahmen mit der Zielsetzung einer Aufwandsreduzierung im aktuellen Sanierungsplan deutlich schwieriger zu generieren sind.

Dennoch sollen Aufwandsreduzierungen im aktuellen Haushaltssanierungsplan aus 89 Maßnahmen, hiervon sind bereits 37 Maßnahmen umgesetzt, erreicht werden.

Interkommunale Zusammenarbeit:

In der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen liegen Einsparpotentiale verborgen, die kurzfristig gehoben werden können. Es macht keinen Sinn, dass jede Stadt die gleichen Strukturen vorhält. Einfaches Beispiel ist die Bündlung des Einkaufs: Kauft man nicht alleine einen Feuerwehrwagen, sondern gemeinsam gleich 3, erzielt man einen besseren Preis. Auch eine stärkere Kooperation oder sogar Fusion im IT-Bereich ist nach der geplanten Umstellung auf SAP in der Verwaltung wieder neu zu beleuchten.

Aufgabenkritik durch Politik:

Die Stadtverwaltung hat eine Art „Selbsterhaltungstrieb“ und wird sich nicht freiwillig von Aufgaben trennen. Der Prozess der Aufgabenkritik muss deshalb durch die Politik getrieben werden. Beispiel: Wenn mehr Kindergärten durch freie Träger betrieben würden, könnte das Angebot qualitativ und quantitativ erhalten, aber Kosten gespart werden.

Ich werde mich um die Schaffung von möglichst vielen Erwerbsmöglichkeiten mit hohem Durchschnittseinkommen bzw. Verminderung von Arbeitslosigkeit einsetzen. Weiterhin ist die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen, etwa durch Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, niedrige Unternehmensrelevante Preise, Entgelte, Steuern, Beiträge und Unterstützung von Kooperationsmöglichkeiten der Firmen untereinander, ein Teilziel von mir.

Die Stärkung der Standortfaktoren durch Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen kommt allen vorgenannten Zielgruppen zugute. Obwohl Massnahmen in diesem Bereich meist nicht messbar und zurechenbar sind, dürfen hiervon die wichtigsten Impulse für eine günstige Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt Mönchengladbach insgesamt ausgehen. Hierzu zählen beispielsweise:

Infrastrukturmassnahmen, niedrige Unternehmenssteuern und Abgaben, eine gute funktionierende Verwaltung, ein wirtschaftsfreundliches Klima. Mit anderen Worten: Günstige Rahmenbedingungen. Knappe Ressourcen zielorientiert einsetzen. Verwaltungsmodernisierung.

Ich stehe für eine solide zukunftsfähige Haushalts-, Finanz- und Investitionspolitik in unserer Stadt Mönchengladbach. Mönchengladbach wird dank meiner vorausschauenden Haushaltspolitik wieder eigenständig und damit handlungsfähig werden. Keine Prestigebauten, ich werde mir keine Denkmäler setzen müssen, sondern die Förderung der heimischen Wirtschaft steht bei mir ganz oben auf der Agenda. Ausgaben werden dort stringent reduziert, wo es sinnvoll ist, alle Kostenpositionen kommen auf den Prüfstand. Darüber hinaus werden die Einnahmen gesteigert, ohne jedoch die soziale Komponente zu vernachlässigen.






Vorweg: Die kritische Lage der Kommunalfinanzen in Mönchengladbach ist kein allein selbst verschuldetes Problem, sondern vor allem Folge hoher Lasten, die der Stadt von Landes- und Bundesebene auferlegt worden sind und werden. Die Finanzierung ist – wie auch bei anderen Städten – nicht auskömmlich und erfordert dringend einer Reform.

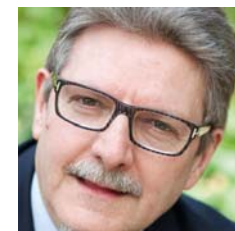
Um konkrete Maßnahmen benennen zu können, ist zunächst eine umfassenden Aufgabenkritik unumgänglich, die seitens der Verwaltung in den zurückliegenden zehn Jahren nicht geleistet worden ist. Sicher sind viele Aufgaben der Verwaltung zwingend zu leisten, aber sicher gibt es auch Einsparpotenzial. Deshalb gehört jede einzelne Aufgabe auf den Prüfstand. Hilfreich kann hier auch der Vergleich mit Städten der Größenordnung Mönchengladbachs sein, um festzustellen, ob jede Aufgabe geleistet werden muss und ob der bisherige Umfang erforderlich ist. Wenn Einsparpotenziale erkennbar sind, muss Verwaltung den Mut haben, diese auch in Form reduzierter oder gestrichener Haushaltsansätze zu benennen, und Politik muss den Mut haben, solchen Vorschlägen auch zu folgen.

Darüber hinaus ist die Nachhaltigkeit von Maßnahmen, die mit Hilfe von Fördermitteln in Angriff genommen werden, in jedem Fall kritisch zu überprüfen.

Mönchengladbach ist in Folge des Strukturwandels mit dem Verlust von fast 100.000 Arbeitsplätzen sowie einer über die Jahre verfehlten Haushalts- und Strukturpolitik der Fraktionen, die bis zum Jahre 2009 die Mehrheit im Rat der Stadt Mönchengladbach bestimmten, hoch verschuldet. Insofern gehört es zu den Verdiensten meiner Fraktion als Teil der Ampel in Mönchengladbach, aber auch der Grünen auf Landesebene mit dem Regierungspartner, auf die finanzielle Dauermissere Mönchengladbachs reagiert zu haben mit dem Beitritt der Stadt am Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Im Hinblick auf die Ausgabenreduzierung vor Ort ist festzustellen, dass Mönchengladbach nach dem Willen der jetzigen wechselnden Ratsmehrheiten weiterhin die autofreundliche Stadt bleibt, in der die dominierende Autovorrangpolitik mit teuren Straßenbaumaßnahmen ungebrochen fortgesetzt wird. Dieser unselige Prozess sollte im Hinblick auf künftig zu beschließende Haushalte unserer Stadt gestoppt werden. Die Millionen, die für den Ausbau neuer Straßen im Haushalt verankert sind, könnten eingespart werden. Das käme einerseits dem städtischen Haushalt zugute und würde sich andererseits positiv auswirken auf die dramatischen Folgen des weltweit zu beobachtenden Klimawandels und die Lebensqualität unserer Stadt.

					
	<p>So wird beispielsweise durch aufgabenkritische Untersuchungen innerhalb der Verwaltung geprüft, welche Aufgabenstellungen im gebrachten Standard zurückgefahren, gänzlich aufgegeben, oder z.B. im Wege einer interkommunaler Zusammenarbeit wirtschaftlicher erbracht werden können. Hierdurch sollen die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Finanz- und Personalressourcen nochmals reduziert werden.</p> <p>Durch die Umsetzung der Sanierungsmaßnahme „Übernahme des Straßenbeleuchtungsnetzes im Rheydt und Wickrath“ Mitte 2014 und den nachfolgenden Eigenbetrieb wird die Stadt Mönchengladbach gemäß der vorliegenden Gutachten eine Einsparung von ca. 1,4 Mio. € per anno generieren können.</p> <p>Durch neue/angepasste Konzeptionierungen sollen u.a. in den Bereichen Friedhöfe, Bäder und Kinderspielplätze Konsolidierungserfolge erzielt werden. Des Weiteren soll durch die Erstellung und Umsetzung eines neuen Nahverkehrsplans der Ressourceneinsatz im Bereich ÖPNV reduziert werden.</p>				



Frage 11 **In der vergangenen Legislaturperiode hat die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein eine Steuererhöhungswelle erfahren müssen. Auch Mönchengladbach hat zum Jahr 2013 sowohl den Gewerbe- als auch den Grundsteuerhebesatz deutlich angehoben. Dies hat die Standortqualität der Vitusstadt geschwächt. Wie stehen Sie zu weiteren Erhöhungen der Realsteuersätze in Mönchengladbach in den kommenden fünf Jahren?**

Die Anhebung der Hebesätze im Jahr 2013 (Grundsteuer B von 475% auf 520% und Gewerbesteuer von 450% auf 475%) erfolgte in Mönchengladbach im Rahmen der Umsetzung des vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplans. Der Gewerbesteuerhebesatz wurde vor 2013 letztmalig im Jahr 1998 und der Hebesatz zur Grundsteuer B letztmalig im Jahr 2007 angehoben. Nach der Anhebung im Jahr 2013 liegt der Hebesatz der Grundsteuer B in Mönchengladbach weiterhin unter dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktkommunen mit Einwohnerzahlen von 160.000 bis 350.000 wurden im Vergleich berücksichtigt). Der Gewerbesteuerhebesatz liegt zurzeit auf dem Durchschnitt der Vergleichskommunen, sinkt jedoch mittelfristig wieder darunter.

Vergleicht man im Zeitraum von 1980 bis 2013 bei den 19 Gemeinden im IHK Kammerbezirk Mittlerer Niederrhein den prozentualen Anstieg des Gewerbesteuerhebesatzes stellt man fest, dass Mönchengladbach mit 40% Steigerung über den Gesamtzeitraum den drittniedrigsten Anstieg ausweisen kann. Es handelt sich bei den Hebesatzerhöhungen im Jahr 2013 somit um zur Zielerreichung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen notwendige, aber durchaus moderate Anpassungen. Eine aufgrund der Hebesatzerhöhung unmittelbare Schwächung der Standortqualität in Mönchengladbach ist aus meiner Sicht nicht erkennbar.

Die Stadt Mönchengladbach betrachtet die Anhebung der Realsteuerhebesätze zurzeit als finale Konsolidierungsmaßnahme im Rahmen der Zielerreichung des Stärkungspaktes.

Klar dagegen! Eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer gefährdet Unternehmen und damit Arbeitsplätze. Wir müssen dahin kommen, dass die Stadt nur noch soviel ausgibt, wie sie einnimmt. Die Unternehmen können weder den Preis für mangelnden Sparwillen von Politik und Verwaltung zahlen noch den für die Unterfinanzierung der Kommunen durch Land und Bund.

-





Die Stadt Mönchengladbach muss alles daran setzen, eine weitere Erhöhung der Steuersätze für Gewerbe- und Grundsteuer zu verhindern. Bürger und Unternehmen sind mit Abgaben hoch genug belastet und brauchen Verlässlichkeit. In diesem Zusammenhang ist die Forderung der Kommunalaufsicht, Steuersätze auf den Durchschnitt vergleichbarer Städte zu erhöhen, zurückzuweisen. Städte sind unterschiedlich, haben unterschiedliche Stärken und Schwächen, und sie haben bisher die Möglichkeit, sich über ihre individuell festgesetzten Steuersätze im Wettbewerb der Kommunen zu positionieren. Die Grundpfeiler der kommunalen Selbstverwaltung dürfen nicht angetastet werden.

Die Haushaltspolitik Mönchengladbachs wird in starkem Maße von der Haushaltspolitik des Bundes bestimmt. Die derzeitige Bundesregierung hat bisher die in sie gesetzten Hoffnungen einer kommunalen Haushaltsentlastung nicht erfüllt. Dies gilt ganz besonders für die bisher nicht erfolgte Umsetzung eines Teilhabegesetzes durch den Bund, das die Kommunen von den Kosten der Eingliederungsbeihilfe entlasten sollte. Ähnlich verhält es sich beim Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT), wo der Bund beispielsweise die Finanzierung der Schulsozialarbeit beendet hat. Auch hat der Bund bisher sein im Koalitionsvertrag gegebenes Versprechen, die Mittel des Bundes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik auszuweiten, noch umzusetzen.

In Bezug auf einen Haushaltsausgleich in Mönchengladbach ist das Handeln der Bundesregierung deshalb von zentraler Bedeutung.

Denn weiterhin muss Mönchengladbach trotz seiner immensen Schulden nach wie vor etliche Millionen Euro in den Fonds Deutscher Einheit einbezahlen, obwohl sich die Stadt strukturell und sozial nicht von vielen Städten im Osten des Landes unterscheidet. Der Gesetzgeber hat dafür zu sorgen, dass diese Zahlungen für den Aufbau Ost endlich aufhören, Mönchengladbach kann sie sich wirklich nicht leisten.

Die Sanierung der Rheydter Innenstadt zeigt, wie wichtig die Akquise und Beteiligung an öffentlichen Förderprogrammen wie denen der Europäischen Gemeinschaft sind. Auf die Beschaffung solcher Mittel wird sich die Stadt auch in den kommenden Jahren weiterhin konzentrieren müssen.

					
	<p>Mit der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans zum Haushalt 2014 konnten wir die zunächst primäre Zielsetzung im Stärkungspakt, Darstellung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2018 mit und ab dem Jahr 2021 ohne Landeshilfen, ohne eine weitere Anhebung der Hebesätze in den Planwerken abbilden.</p> <p>Unter der dargestellten Voraussetzungen, dass die bereits im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen in voller Höhe und termingerecht umgesetzt werden und sich zudem die allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt Mönchengladbach nicht verschlechtern, wird es nicht erforderlich sein, die finale Konsolidierungsmaßnahme "Erhöhung der Realsteuerhebesätze" in den kommenden fünf Jahren zu ziehen.</p> <p>Sollten sich zukünftig die aufgezeigten Einflussgrößen für die Stadt Mönchengladbach negativ verändern, wird die Anhebung der angesprochenen Hebesätze zur Kompensation wegbrechender Konsolidierungspotenziale im Rahmen der Zielerreichung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen politisch neu zu diskutieren sein.</p>				<p>Grundsätzlich sollte mit dem Hebesatzrecht für die Erhebung von Grund- und Gewerbesteuer im Sinne der Bürgerschaft, der örtlichen Wirtschaft und des örtlichen Handels sehr vorsichtig umgegangen werden.</p>